

Richtigstellung

Die Nachrichten zu Malaysia in *südostasien* 4/2007 wurden nicht wie im Inhaltsverzeichnis angegeben von Raphael Göpel und Britta Röttger, sondern von Madalena Csizmazia verfasst.

Monsun

Im Dezember 2007 kam es nach heftigen Monsun-Regenfällen in mehreren Staaten der malaiischen Halbinsel zu schweren Überschwemmungen, bei denen 21 Menschen starben und über 30.000 obdachlos wurden. In abgeschnittenen Gebieten wurden Hubschrauber eingesetzt, die Betroffenen mit Lebensmitteln und Erster Hilfe versorgten.

vgl.: *Bernama*, 15.12.2007

Rücktritt

Der malaysische Gesundheitsminister und Vize-Präsident der Partei *Malaysian Chinese Association* (MCA) Chua Soi Lek ist aufgrund eines kursierenden Sex-Videos von seinem Amt zurückgetreten. Kompromittierende Bilder einer Affäre des verheirateten 61jährigen mit einer jüngeren Frau waren in einem Hotelzimmer aufgenommen worden.

vgl.: *Daily Express* 3.1.2008

Publikationslizenz

Die katholische Wochenzeitung *The Herald* darf weiterhin das Wort »Allah« als Bezeichnung für Gott verwenden. Sie erhielt die Publikationslizenz, die jährlich vergeben wird, auch für das Jahr 2008. Zuvor hatte die Regierung den Verlegern den Gebrauch des Wortes verboten und mit einem Publikationsverbot gedroht. Es sei ein exklusiver Term für Muslime. Danach war es landesweit zu Diskussionen und Protesten über den Gebrauch des Wortes gekommen.

vgl.: *Daily Express* 31.12.2007

Bilaterale Beziehungen

Nachdem kürzlich verschiedene Ereignisse zu einem angespannten Verhältnis zwischen Indonesien und Malaysia geführt hatten, verständigten sich der indonesische Präsident Susilo Bambang Yudhoyono und der malaysische Ministerpräsident Abdullah Ahmad Badawi auf die Einrichtung einer Gruppe, welche die Beziehungen zwischen beiden Ländern verbessern sollte. Jeweils sieben bedeutende Personen aus beiden Ländern aus den Bereichen Wirtschaft, Religion und Kultur sollen sich bei Bedarf treffen und Lösungsvorschläge für Probleme ausarbeiten. Die derzeitigen Spannungen entstanden, nachdem die malaysischen Tourismusbehörden einen

bestimmten Tanz und bestimmte Lieder nutzten, die ihren Ursprung in Java hatten. Dies führte zu Demonstrationen und Protesten in Indonesien. Außerdem gab es erneut wiederholte Meldungen über missbrauchte indonesische Hausmädchen und Arbeiter in Malaysia. Diese Themen wurden von den Medien beider Staaten in scharfem Ton diskutiert. Daher soll laut Abdullah Badawi in Zukunft ein »Inter-Media« Dialog stattfinden, um Sensationsmeldungen und Übertreibungen bestimmter Sachverhalte zu unterbinden. Weiterhin gibt es Grenzdispute und das Haze-Problem zu lösen.

vgl.: *New Strait Times* 11.1.2008

Demonstration der indischen Minderheit

Die Polizei ist in Kuala Lumpur mit Tränengas und Wasserwerfern gegen etwa 20 bis 30.000 überwiegend indischstämmige Demonstranten vorgegangen. Vorgeblicher Adressat der Kundgebung war die englische Königin, die aufgefordert wurde, eine 2,7 Billionen Euro Klage gegen die britische Regierung zu unterstützen. Diese Summe fordert die indisch-malaysische Menschenrechtsgruppe *Hindu Rights Action Front* (Hindraf) als Wiedergutmachung, da die Briten in der Kolonialzeit Inder gegen ihren Willen nach Malaysia brachten. Eigentliches Ziel der Demonstration war jedoch, auf die Benach-

teiligung der indischen Minderheit in Malaysia aufmerksam zu machen, die etwa 7 % der Bevölkerung stellt. Bei der nicht genehmigten Demonstration wurden 50 Menschen festgenommen. Fünf Führungsmitglieder von Hindraf sind noch immer auf Grundlage des *Internal Security Act* (ISA) in Haft, der die zeitlich praktisch unbegrenzte Inhaftierung ohne Anklageerhebung oder richterliches Urteil ermöglicht. Bereits in den Wochen zuvor hatte die Polizei mehrere Demonstrationen aufgelöst (s. *südostasien* 4/2007: S. 52).

vgl.: n-tv 25.11.2007 Tagesspiegel 23.12.2007, FEER Vol. 170, No. 10

Unerwartete Wahl der Volksvertretung

Die Parlamentaflösung durch den Ministerpräsidenten Malaysias Abdullah Ahmad Badawi am 13. Februar 2008 hat laut Verfassung vorgezogene Wahlen binnen 60 Tagen zur Folge. Sie sollen jetzt laut eines Beschlusses der Wahlkommission am 8. März 2008 stattfinden. Turnusgemäß hätten die Wahlen erst Mitte 2009 nach Ablauf der fünfjährigen Amtszeit des Ministerpräsidenten stattfinden

müssen. Doch die meisten Regierungschefs Malaysias strebten schon nach vier Jahren Neuwahlen an. Die Regierungskoalition Badawis, die *Barisan Nasional* (BN), erreichte bei der vergangenen Wahl 2004 circa 90 Prozent der Mandate. Sie ist seit der Souveränität Malaysias 1957 an der Macht.

vgl.: Yahoo News, 13.2.2008, Reuters, 14.02.2008

Neue Jobs für Sabah

Die Regierung erwartet, dass durch das *Sabah Development Corridor Programme* (SDCP) in den nächsten 18 Jahren um die 900.000 neue Arbeitsplätze in Sabah geschaffen werden. Das 2008 in Kraft gesetzte SDCP soll die Entwicklung der Sektoren Agrarwirtschaft, Tourismus, Logistik und Transport sowie der verarbeitenden Industrie vorantreiben. Während in der Agrarwirtschaft Palmöl das Hauptexportgut bleiben wird, wird auch der Anbau anderer Industriepflanzen, wie zum Beispiel der Pflanzengattung *Jatropha*, die eines der effektivsten Bioöle der Welt produziert, gefördert werden. Es wird angenommen, dass der geförderte Anbau von cash crops

einen großen Beitrag für die Armutsbekämpfung in Sabah leistet. Parallel dazu soll Sabah im Nahrungssektor bis 2025 Selbstversorger werden. Im Tourismussektor soll Sabahs Stellung als Ziel für Ökotourismus und als Ort für Zweitbeziehungsweise Ferienwohnungen gefestigt und gesteigert werden. Weitere Ziele sind der Ausbau lokaler Transportknotenpunkte und die Erhöhung des Umsatzes an zu verladenden Gütern in Sabahs Häfen. Zudem wird angestrebt, den Anteil an Hochschulabsolventen in der Fertigungswirtschaft zu vervierfachen. Die Umsetzung des SDCP ist in drei Phasen geplant.

vgl.: Daily Express 22.1.2008

»Muslime selbst Schuld an ihren Problemen«

Viele der Krisen, denen die Muslime gegenüberstehen, seien ihre eigene Schuld, so Tun Dr. Mahathir Mohamad im Rahmen des Vortrags »Weltweiter Frieden: Krise in der muslimischen Welt« an der *International Islamic University* (IIU) in Gombak. Der frühere Premierminister erklärte, Krisen seien nichts Neues in der muslimischen Welt, da diese schon existierten, seit der Koran von vielen Gruppen auf unterschiedliche Weise interpretiert worden sei. »Die Krisen und Probleme entstanden auch, als muslimische Gelehrte anfangen, Fachgebiete zu vernachlässigen, die als weltlich wahrgenommen wurden, wie zum Beispiel Naturwissenschaften, Mathematik, Medizin und Technik, und sich nur auf religiöse Studien konzentrierten. Das war ein großer Fehler, der bis heute einen schlechten Einfluss auf die muslimische Welt hat«, er-

läuterte Mahathir. »Ich möchte hervorheben, dass die Schuld bei uns liegt. Wir sind die Menschen, denen man Vorwürfe machen muss, weil wir uns in so viele Sekten und verschiedene Interpretationen des Korans aufspalten lassen«, so Dr. Mahathirs Grundtenor. Solange Muslime von den »Ulamak« (muslimischen Gelehrten) abhingen, solange würden die Ulamak machtgerig sein und ihre Koraninterpretation werde variieren, führte Mahathir weiter an. Den Mitgliedsstaaten der 57-köpfigen Organisation of *Islamic Conference* (OIC), die am Vortrag teilnahmen, schlug er vor, das gegenwärtige Konsenssystem abzuschaffen. Entscheidungen sollten stattdessen auf der Mehrheit basieren.

vgl.: New Strait Times, 16.2.; Bernama, 16.2.; The Star, 17.2.2008

Premierminister »vergisst« Anwar

Der malaysische Premierminister Abdullah Badawi besteht darauf, dass der regimekritische Politiker Anwar Ibrahim keine Rolle bei den bevorstehenden Wahlen spiele, er habe ihn schlichtweg »vergessen«. Anwar hatte Einwände bezüglich des Zeitpunkts der Wahl, die am 8. März 2008, nur einen Monat bevor die Sperre, nach deren Aufhebung er für das Amt wählbar wäre, stattfinden soll. Er erklärte, dieses Vorgehen sei dazu bestimmt gewesen, ihn aus dem Rennen zu werfen. »Es habe damit nichts zu tun«, entgegnete Badawi nach einem Treffen mit den Führern der *United Malays National Organisation* (UMNO). »Wir haben Anwar vergessen. Ich erinnere mich nicht an Anwar«, erzählte er Reportern.

Der frühere Vizepremier- und Finanzminister erklärte, Badawi beeile sich so mit der Einleitung von Neuwahlen, weil seine Zustimmungswerte einen absoluten Tiefstand erreicht hätten. »Die Malaysier sind von steigenden Preisen, steil ansteigender Kriminalität, örtlicher Korruption und sich vergrößernden ethnischen Spannungen betroffen. Je länger die Führung der *Barisan Nasional* wartet, desto höher sind die Chancen, dass er die allgemeinen Wahlen verliert«, erläuterte Anwar. Indem sie ihm die Möglichkeit verwehrt, bei den Wahlen anzutreten, demonstriere die Badawi-Administration, dass die Bilanz ihrer vierjährigen Regierungszeit so abgedroschen, enttäuschend und von Versagen gekennzeichnet sei, dass sie es sich kaum leisten könne, einem wirklich demokratischen Wahlprozess eine Chance zu geben, gab Anwar zu bedenken.

vgl.: Yahoo News, 14.2.2008